

UNSER HAMBURG – UNSER NETZ – eine Volksinitiative für die Energiewende

So eine energiepolitische Chance bietet sich nur alle 20 Jahre! Diese Einschätzung war der Ausgangspunkt für eines der bislang erfolgreichsten Vorhaben der direkten Demokratie in Hamburg. Worum geht es?

Entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes haben Konzessionsverträge für Strom- und Gasnetze in der Regel eine Laufzeit von 20 Jahren. Anfang der 1990er wurden in ganz Deutschland unzählige solcher Verträge zwischen Kommunen und Energieunternehmen geschlossen, so auch in Hamburg zwischen der Stadt und den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW). Die HEW „gehörte“ damals noch komplett der Hansestadt und agierten de facto als traditionsreiches Stadtwerk. Jeder kannte die HEW, fast jeder Hamburger war Kunde.

2010 hatte sich die Lage gewaltig verändert. Die HEW gab es nicht mehr, das Unternehmen war in mehreren Tranchen veräußert worden. Den ersten Schritt machten die Hamburger Sozialdemokraten bereits Mitte der 1990er Jahre. Man brauchte Geld für die klammen Kassen der Stadt, das Tafelsilber stand folglich zur Disposition. Diese Entscheidung besiegelte das Ende der HEW, 2002 wurden die letzten Anteile an den schwedischen Konzern Vattenfall veräußert.

Als Rechtsnachfolgerin hatte Vattenfall auch die Konzessionsverträge übernommen und war damit zuständig für den Betrieb des rund 27.000 Kilometer langen Stromnetzes und des Fernwärmenetzes. Letzteres ist nach Berlin das zweitgrößte Fernwärmenetz in Deutschland und versorgt über 450.000 Wohneinheiten. Die Unzufriedenheit vor allem mit Vattenfall, aber auch mit E.on Hanse, die in Hamburg das Gasnetz betreibt, war seit Jahren hoch. Das schwedische Unternehmen geriet wegen seines dilettantischen Krisenmanagements bei Störfällen im AKW Krümmel in die Kritik und der Bau des klimaschädlichen Kohlekraftwerks Moorburg tat ein Übriges. E.on Hanse hatte sich seinerseits immer wieder mit intransparenten Abrechnungen bei seinen Gaskunden „einen Namen“ gemacht.

Es wuchs in der Bevölkerung und auch in verschiedenen Organisationen die Einschätzung, dass diese Unternehmen die Hamburger Energienetze nicht mehr betreiben sollten und einer Energiewende eher im Wege stehen. Vattenfall und E.on hatten in der Vergangenheit demonstriert, dass es ihnen gerade nicht um Klimaschutz, eine atomfreie Energieversorgung und mehr Verbrauchertransparenz ging.

Verbände wie der BUND erkannten, dass die Energienetze einen wichtigen Baustein für die Energiewende und für mehr Klimaschutz darstellen. Es handelt sich nicht nur um schlichte Leitungen, die in der Erde liegen. Allein durch den Aufbau intelligenter Stromnetze ließen sich in Deutschland die Leistung mehrerer Kohlekraftwerke einsparen, rechnet etwa BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) vor. Das Fernwärmenetz, in Hamburg noch zum größten Teil Kohle befeuert, ließe sich in Subnetze unterteilen und mit dezentraler Einspeisung deutlich klimaverträglicher organisieren. Und die Gasnetze könnten zukünftig wichtige Speicherfunktionen übernehmen, wenn überschüssige Windenergie in Wasserstoff und Methan (Windgas) umgewandelt wird.

Es gab also viele Gründe, die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ ins Leben zu rufen. Dies tat ein recht ungewöhnliches Bündnis: attac Hamburg, BUND Hamburg, Diakonie und Bildung im ev. Kirchenkreis Hamburg-Ost, der Bürgerinitiative Moorburgtrasse stoppen, Robin Wood und die Verbraucherzentrale Hamburg bildeten im Sommer 2010 den Trägerkreis von UNSER HAMBURG – UNSER NETZ. Das Ziel: Bis zum Auslaufen der alten Konzessionsverträge Ende 2014 sollten die Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg darüber abstimmen, wer die Daseinsvorsorge im Energiebereich maßgeblich steuern sollte.

Die hohe Unzufriedenheit mit den Energieunternehmen war in der Stadt greifbar und es gelang, über 17.000 Unterschriften in kurzer Zeit zu sammeln, um die erste Hürde in der Volksgesetzgebung zu nehmen. Jetzt wurde UNSER HAMBURG – UNSER NETZ auch politisch ernst genommen und die Medien stiegen mit breiter Berichterstattung ein. Die Energienetze, die bislang nur für Spezialisten ein Thema waren, wurden zum Politikum.

Nachdem die Hamburger Bürgerschaft dem Vorschlag der Volksinitiative nicht zugestimmt hatte, nahm UNSER HAMBURG – UNSER NETZ die zweite Hürde. Im Sommer 2011 wurden in nur drei Wochen mehr als 116.000 Unterschriften

gesammelt - das zweitbeste Ergebnis eines Volksbegehrens seit Einführung der direkten Demokratie in Hamburg.

Trotz dieses beachtlichen Erfolgs und dem klaren Votum verhandelte die mittlerweile regierende SPD hinter verschlossenen Türen mit Vattenfall und E.on. Die SPD hatte sich noch im Wahlkampf festgelegt: Die Stadt werde sich unter SPD-Verantwortung mit *mindestens* 25,1 % an den Netzgesellschaften der Energiekonzerne beteiligen. Die SPD Hamburg rückte damit von einer vollständigen oder auch nur mehrheitlichen Rekommunalisierung ab.

Ende 2011 kam es tatsächlich zu einem Vertragsabschluss. Anfangs sah es so aus, als wenn der Senat mit Vattenfall und E.on ein relativ gutes Verhandlungsergebnis erzielt hätte und damit dem Anliegen von UNSER HAMBURG – UNSER NETZ den Wind aus den Segeln nahm. Kurzzeitig kippte die öffentliche Stimmung und auch innerhalb der Initiative wurde diskutiert, ob unter diesen Voraussetzungen ein Volksentscheid noch sinnvoll und vor allem noch zu gewinnen wäre.

In den Wochen nach Verkündung der Verträge offenbarten sich dann aber viele ungeklärte Details, die Skepsis an den Verträgen wuchs. Die Opposition drohte letztlich sogar mit einem Untersuchungsausschuss und für den Trägerkreis von UNSER HAMBURG - UNSER NETZ war nach eingehender Prüfung klar, dass diese Verträge keine gute Lösung für Hamburg waren. Mit 25,1% kann die Stadt keinen maßgeblichen Einfluss auf Unternehmen wie Vattenfall und E.on nehmen.

Und so kam es schließlich zum Volksentscheid, die Fronten waren klar. Auf der einen Seite die aktuelle Hamburger Regierung, vereint mit Vattenfall, E.on, Handelskammer und Industrieverband, auf der anderen die Volksinitiative mit ihren Vorstellungen einer 100%igen Rekommunalisierung.

Parallel zur Bundestagswahl waren alle wahlberechtigten Hamburger am 22. September 2013 aufgerufen, per Volksentscheid über die Rücknahme der Energienetze in die Öffentliche Hand zu entscheiden. Erneut haben sich viele Ehrenamtliche engagiert, unzählige Flyer verteilt und wertvolle Informationsarbeit geleistet. Mehr als 50 Hamburger Organisationen unterstützen UNSER HAMBURG – UNSER NETZ in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. In den Wochen vor dem Volksentscheid wurde die Auseinandersetzung zum beherrschenden Thema in der öffentlichen Wahrnehmung. Es gab unzählige Veranstaltungen, die Diskussion um

die Netze war eindeutig in der Stadt angekommen und auch das mediale Interesse erstaunlich groß.

Mehrheitlich stimmen über 444.000 Hamburger schließlich für den Volksentscheid und haben damit bewiesen, dass auch mit einer millionenschweren Gegen-Kampagne die öffentliche Meinung nicht ohne weiteres gedreht werden kann. Ein Lehrstück der direkten Demokratie, der Erfolg von UNSER HAMBURG – UNSER NETZ wurde entsprechend auch bundesweit wahrgenommen.

Erfreulich war, dass sich die SPD noch am Wahlabend als fairer Verlierer präsentierte und Eckpunkte für die Umsetzung des Volkswillens vorstellte. Drei Monate später sind wesentliche Punkte trotz aller Unkenrufe bereits umgesetzt, die Stadt hat das Stromnetz zurückgekauft und eine Kaufoption auf das Fernwärmenetz ausgehandelt.

Jetzt kann die Hamburger Energiewende ernsthaft in Angriff genommen werden. Es geht um mehr Klimaschutz, mehr Verbrauchertransparenz, mehr Dezentralität und die beste Lösung für die Stadt. Die Gewinne aus dem Betrieb der Netze verbleiben zukünftig in Hamburg. Und die Stadt ist nicht mehr Partner eines Unternehmens, das die Bundesrepublik wegen des Atomausstiegs gleich zweimal verklagt hat und weiterhin massiv auf klimaschädliche Kohle setzt. Als Fazit dieses Kraftaktes bleibt: Bürgerengagement lohnt sich und kann viel dazu beitragen, dass die Energiewende wirklich vorankommt.

***Manfred Braasch** ist Geschäftsführer des BUND Hamburg und einer der drei Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“*

***Kontakt:** Manfred.Braasch@bund.net*